

Der Landrat verwies auf die Stellungnahme des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungskooperation, die den Fraktionen und Gruppen am 03.12.2009 zur Verfügung gestellt worden sei. Daraus gehe hervor, dass man sich noch in Gesprächen mit dem Umweltministerium befinde und deshalb abwarten sollte, wie die Regelungen, die den Rhein-Sieg-Kreis betreffen, konkret aussehen, und welche Auswirkungen der Abfallentsorgungsplan auf die Entsorgungskooperation haben würde.

Abg. Tüttenberg merkte an, dass weiteres Abwarten zu guten, aber auch zu schlechten Ergebnissen führen könne. Hätte man hier von Anfang an abgewartet, so hätte man möglicherweise diese Verhandlungssituation schon gar nicht mehr. Insofern sei es richtig gewesen, dass schon zu Beginn dieser Diskussion seitens des Rhein-Sieg-Kreises ein klarer Standpunkt eingenommen wurde. Klare Standpunkte schienen ihm hier eher zu helfen als zu schaden. Deshalb rege er eine weitere Diskussion und Beschlussfassung im Kreistag an.

Abg. Heuel machte darauf aufmerksam, dass man sich derzeit in einem wichtigen Verfahrensstadium befinde. Es gebe ein Schreiben des Umweltministers an die Präsidentin des Landtags vom 02.12.2009 mit einer Anlage, die 140 Seiten umfasse und sich auf die hiergegen erhobenen Einwände beziehe. Im Zuge dieses Schreibens werde die Landtagspräsidentin gebeten, den Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes mit Anlagen den Abgeordneten des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zur Herstellung des Benehmens nach dem Landesabfallgesetz zu übermitteln. Er glaube daher nicht, dass man bis Freitag über nähere Erkenntnisse seitens der Mitglieder des Landtages verfüge. Die Verabschiedung einer solchen Resolution zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei insoweit verfrüht. Er schlage deshalb vor, dies heute von der Tagesordnung abzusetzen und keine Empfehlung an den Kreistag auszusprechen.

Abg. Hartmann teilte mit, dass dieser Resolutionsantrag nun nach längerer Ankündigung am 01.12.2009 gestellt worden sei. Nunmehr habe der Minister am 02.12. parallel geschrieben, was in der Form nicht bekannt gewesen sei. Es gebe einen Informationsvorsprung, den man noch abgleichen müsse. Hier bestehe ein sachliches Interesse des Rhein-Sieg-Kreises. Auch aus der Stellungnahme des REK-Geschäftsführers gehe hervor, dass sich das Umweltministerium zwischenzeitlich sachlich auf unsere Stellungnahme einlasse. Er gehe davon aus, dass das Ministerium die Linie wie zu Beginn des Verfahrens mittlerweile verlassen habe. Hier gehe es nun um Fachkenntnisse. Man müsse sich genau anschauen, was mittlerweile vorgelegt worden sei.

Man wolle die Sache im Übrigen nicht konterkarieren und sei mit einer Verweisung in den Kreistag einverstanden. Dann könne man sich die neuen Informationen anschauen, wenn sie öffentlich verfügbar sind, und dann abwägen, ob eine Beratung am Freitag im Kreistag Sinn mache. Jedenfalls müsse eine Diskussion in Gang gesetzt werden, auch weil sich Gebietskörperschaften sowie Versorgungs- und Entsorgungskooperationen positioniert hätten.

Abg. H. Becker wies darauf hin, dass der jetzige Zustand genauso wenig wie der vom Landesumweltminister gewünschte Zustand ein idealer sei. Er erinnerte daran, dass die jetzige Gebietszuweisung zu „quasi regionalen Gebietsmonopolen“ geführt habe mit der Schwierigkeit, dass wir immer nur Leverkusen oder Bonn hätten anbieten dürfen. Das gelte auch für andere Gebietskörperschaften in ähnlicher Form. Es sei immer ein Mangel gewesen, dass diese Art der Zuweisung erzwungener Maßen von Statten gegangen sei. Umgekehrt sei es natürlich verrückt, diese Sachen landes- und möglicherweise bundesweit wegen „ein paar Euro kreuz und quer durch das Bundesgebiet zu fahren“. Hier brauche man eigentlich eine Lösung im Umkreis, nicht

aber die jetzige Festsetzung von Gebietszuweisungen von MVA. Er erinnerte daran, dass diese MVA zum Teil nur zustande gekommen seien, weil man ihnen seinerzeit quasi monopolartig die Geschäfte gesichert habe. Er könne insoweit mit dem letzten Satz unter Punkt 2 des SPD-Antrages nicht leben.

Zum Verfahren merkte er an, dass ein an den Kreistag gerichteter Antrag selbstverständlich im Kreistag zu behandeln oder hier von der Tagesordnung abzusetzen sei. Allerdings regte er an, sich pragmatisch darauf zu verständigen, dies in der ersten Sitzung des Kreisausschusses im neuen Jahr erneut zu beraten, denn bis dahin werde der Landesabfallplan nach seiner Überzeugung nicht beschlossen sein. Dann habe man noch Gelegenheit für eine gemeinschaftliche Stellungnahme.

Abg. Dr. Lamberty machte erneut auf die kritische Position seiner Fraktion zu Resolutionen aufmerksam. So könne man Kritik an der Landespolitik auch über die „uns gut bekannten Kanäle“ üben. Eine Stellungnahme sei derzeit nicht erforderlich. Vielmehr sollte erst einmal geschaut werden, was an neuen Erkenntnissen auf Landesebene gewonnen worden sei und was man uns anbiete. Er erwarte von seiner Landtagsfraktion entsprechende Informationen und sehe insofern weder heute noch am Freitag im Kreistag die Notwendigkeit, über dieses Thema zu debattieren. Insofern schließe er sich dem Vorschlag des Abg. Heuel an.

Abg. Hartmann entgegnete, dass er sehr wohl der Ansicht sei, dass man Stellungnahmen - und sei es in der Form von Resolutionen - abgeben sollte, soweit der Landtag etwas regle, was in unsere Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten eingreife. Er möchte aber den Vorschlag des Abg. H. Becker aufgreifen, wenn man hierdurch Gelegenheit habe, die Thematik detaillierter aufzubereiten mit dem Ziel einer gemeinsamen Stellungnahme. Man sei daher bereit, dies in der Kreistagssitzung am Freitag im Interesse unserer kommunalen Position mit einer Rhein-Sieg-spezifischen Blickrichtung zurückzustellen, und dies im Januar, ggfs. unter Hinzuziehung von Herrn Weber, erneut zu beraten.

Abg. Herr Heuel schloss sich namens seiner Fraktion dem Kompromissvorschlag des Abg. H. Becker an.

Der Landrat machte deutlich, dass dies auch aus seiner Sicht Sinn mache, weil im Januar die Anhörung stattfinde. Dann wisse man vielleicht bereits mehr, auch im Hinblick auf unsere Gespräche mit dem Umweltministerium. Wie Frau Decking zudem mitgeteilt habe, stehe das Papier erst seit heute im Internet. Er stellte insoweit das Einvernehmen fest, dies auch am Freitag im Kreistag gemeinschaftlich zurückstellen zu wollen.